

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, fordert im Gedenken an Hiroshima: Alle Atomwaffenversuche endgültig beenden. Seite 1

Dr. Fritz Gautier MdEP erinnert an die Blockade der Unions-Abgeordneten im Europäischen Parlament, wenn es um die Reinhaltung des Weins ging: Der Weinskandal und die CDU/CSU. Seite 3

Helmut Rohde MdB kritisiert den Umgang der Bundesregierung mit der Arbeitslosigkeit: Das Parlament muß handeln. Seite 5

40. Jahrgang / 146 / 5. August 1985

Atomwaffen-Versuche endgültig einstellen

Zum 40. Jahrestag der atomaren Zerstörung Hiroshimas

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die aktuellste und dringlichste Forderung zum Hiroshima-Tag ist die einer endgültigen und vollständigen Beendigung der Atomwaffenversuche. Ein umfassender Teststopp ist der wichtigste Schritt zur Einfrierung atomarer Rüstung und der erste Schritt zur atomaren Abrüstung.

Aber warum ist nicht einmal dieser Schritt trotz jahrzehntelanger Bemühungen erreicht worden? Die vermeintlichen Sicherheitsbedürfnisse im Rahmen des Ost-West-Konflikts haben nach wie vor in verantwortungsloser Weise Vorrang vor dem Überlebensbedürfnis der Menschheit insgesamt. Dies ist auch der Grund, warum sich die Bundesregierung - obwohl sie sich offiziell für einen vollständigen Teststopp ausspricht - gegenüber der Fortsetzung auch westlicher Atomwaffentests kleinlaut verhält und diese damit unterstützt.

Damit der atomare Rüstungswettlauf endlich erfolgreich unterbrochen werden kann, ist auch für die Bundesrepublik Deutschland

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper



eine grundsätzliche Einstellungsänderung notwendig: In der Frage der Atombewaffnung müssen wir uns an die Seite der weltweiten Anti-Atomwaffen-Bewegung stellen und dürfen nicht weiter an der Seite der Atomrüstung stehen. Eine breite Initiative aller nichtatomaren Staaten - gleich ob es sich um Mitgliedstaaten der NATO, des Warschauer Pakts oder um blockfreie Staaten handelt - gegen alle Atomwaffen-Staaten ist notwendig.

Nicht länger der Ost-West-Konflikt darf maßgeblich für unsere Haltung zu Atomwaffen sein, sondern die Notwendigkeit, gegen alle Atomwaffen-Staaten atomare Abrüstung politisch erzwingen zu helfen.

Solange die Atomrüstung lediglich unter dem Vorzeichen des Ost-West-Gegensatzes gesehen wird, wird es keine Chancen zur atomaren Abrüstung geben.

Es gilt also, sich nicht länger hinter der Atomrüstung der Supermächte zu verstecken, sondern atomarer Abrüstung dadurch eine Chance zu geben, indem sich die Bundesrepublik mit anderen Ländern zusammen gegen die Atomrüstung aller Atommächte stellt. (-/5.8.1985/vo-ha/rs)

+ - + +



Der Weinskandal und die Union

Im Europäischen Parlament blockierten die CDU/CSU-Abgeordneten
Forderungen nach Reinhaltung

Von Fritz Gautier MdEP

Wenn man als interessierter Zeitungsläser die Reaktionen führender Politiker der CDU/CSU zu den Chemie-Zusätzen im Wein liest, fragt man sich manchmal, ob das Sprichwort zutrifft „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“. Die Politiker der CDU/CSU überschlagen sich zur Zeit mit Forderungen nach Qualitätskontrolle, nach Zuckerungsverbot, nach Etikettenvorschriften und vielem mehr. Aber noch vor kürzer Zeit sah die Wein-Welt der CDU ganz anders aus.

Dazu drei Beispiele:

1. Etikettierungs-Richtlinien der EG:

Im Anschluß an die Sondersitzung der Bundestagsausschüsse für Landwirtschaft und Gesundheit erklärte Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler, daß sich die Bundesregierung weiterhin für die Verabschiedung der EG-Etikettierungs-Richtlinie für alkoholische Getränke einsetzen wird. Aus den Worten von Heiner Geißler geht hervor, daß sie es bisher getan hat und offensichtlich andere Regierungen daran Schuld sind, daß die EG-Richtlinie bislang nicht verabschiedet wurde. Herr Geißler sollte denn doch einmal Roß und Reiter nennen. Nach meinen Informationen blockiert die Bundesregierung und die CDU/CSU die Annahme dieser EG-Richtlinie.

Im Europäischen Parlament hat der christdemokratische Sprecher Dalsass erklärt (Zitat aus Wortprotokoll des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 1984): „Damals schon habe ich im Entschließungstext die Kommission aufgefordert, die Bestimmung zu überdenken, aufgrund deren eine ganze Reihe von Zutaten auf dem Etikett verzeichnet werden müssen. Entweder wird diese Aufzählung der Zutaten nicht gelesen und hat somit eigentlich keinen Wert, oder sie bringt den Verbraucher nur in Verwirrung. Schließlich und endlich geht es um Zutaten, die in keiner Weise schädlich sind.“

Die christdemokratische Fraktion hat dann auch entsprechend abgestimmt. In einer weiteren Wein-Debatte im EP wurde das Thema erneut aufgegriffen. Am 14. Februar 1985 (Wortprotokoll des EP) habe ich im Plenum unter anderem ausgeführt: „Ich appelliere an den Ministerrat und meine eigene Regierung, endlich die Kennzeichnungspflicht für alkoholische Getränke in Kraft zu setzen und nicht den Appellen der Christdemokraten zu folgen, daß Kennzeichnung von alkoholischen Getränken zur Verwirrung der Verbraucher beitrage.“

Wir glauben, es trägt zur Aufklärung des Verbrauchers bei, wenn er weiß, wieviel Zucker und Schwefel und ähnliches im Wein enthalten ist!“

Wenn jetzt die CDU und Herr Geißler versuchen, die Schuld der EG in die Schuhe zu schieben, dann sollten doch dieselben Politiker einmal sagen, was sie in der Vergangenheit gemacht haben. Bei der

Beratung der entsprechenden EG-Richtlinie im Landwirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages (siehe Protokoll des Ausschusses) haben die CDU/CSU-Vertreter schwere Bedenken gegen die Verabschiedung der Richtlinie gehabt, weil ja mit einer Etikettierungspflicht für deutschen Wein die Verbraucher vielleicht keinen Wein mehr trinken würden. Warum nicht?

2. Wein-Verschnitt:

Bei dem jetzigen Weinskandal ist ja auch für jedermann wieder deutlich geworden, wieviel deutscher Wein eigentlich kein deutscher Wein ist, sondern ein Verschnitt von mehreren Weinen. Wenn sich jetzt Politiker der CDU/CSU hinstellen und ein Verbot des Weinverschnitts fordern, dann zeigt dieses entweder ihr kurzes Gedächtnis oder zeigt die Wahrheit über das „Geschwätz von gestern“. Denn noch Anfang 1985 hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich das Weingesetz geändert und die Bundesregierung hat diese Änderung in der EG durchgedrückt, daß deutsche Rotweine auch weiterhin mit ausländischen „Deckrotweinen“ verschnitten werden dürfen, um die richtige Rotfärbung der an sich meist blässereren deutschen Rotweine zu erzielen. Dieser Deckrotwein kommt aus Jugoslawien oder Tunesien. Den Sprechern der CDU/CSU war die Problematik auch klar, gerade auch hinsichtlich ihrer Argumentation gegenüber rektifiziertem Traubenmost. Aber dennoch wurde das Gesetz verabschiedet. Heute, angesichts des Weinskandals, wird wahrscheinlich keiner mehr etwas davon wissen wollen.

3. Zuckering von Wein:

Zunehmend mehr wird angesichts des Weinskandals gefordert, daß Wein ähnlich wie beim Reinheitsgebot für Bier nur ohne Zusätze hergestellt werden darf. CDU-Politiker und andere fordern heute auch ein Zuckerungsverbot. Aber wie kurz muß das Gedächtnis sein, wenn man sich nicht mehr daran erinnert, daß der EG-Gipfel von Dublin vor einem Jahr von Kohl als großer Erfolg gefeiert wurde, weil er erreicht hatte, daß auch in Zukunft dem Wein sowohl Naßzucker wie Trockenzucker beigesetzt werden darf. Gestern Erfolg - heute falsche Politik?

Wir Sozialdemokraten haben im Gegensatz zu den Christdemokraten im Europäischen Parlament jahrelang für eine ehrliche Weinpolitik und Verbraucherpolitik gekämpft, waren allerdings häufig abstim-mungsmäßig den Christdemokraten unterlegen. Wie gut, daß es die Einrichtung von namentlichen Abstimmungen und Wortprotokollen gibt! Bloß nachlesen muß man sie ab und zu, damit einige Politiker auch wissen, was sie gestern gesagt und wofür sie gestern gestimmt haben. (-/5.8.1985/va/rs)

+ + +

Und im September?

Die Bundesregierung und die Arbeitslosigkeit

Von Helmut Rohde MdB

Selbstgerecht äußerte sich die Bundesregierung zur jüngsten Arbeitslosenzahl, der höchsten Juli-Quote seit Bestehen der Bundesrepublik. Wo andere Sorgen haben, sieht sie „positive Trends“. Handlungsbedarf erkennt sie „derzeit“ nicht.

Ist dies nun der Ton, den die Regierung am 5. September auf ihrem spektakulär angekündigten „Dreier-Treffen“ mit Gewerkschaftern und Arbeitgebern anschlagen will? Erst hieß es, dabei sollten Schritte gegen die bisher unterschätzten Gefahren der Arbeitslosigkeit ins Auge gefaßt werden. Und jetzt? Ist davon inzwischen nicht viel mehr als ein Bedarf an politischer Kosmetik übriggeblieben? Sollen die Teilnehmer der September-Runde zum Treibgut einer seichten Öffentlichkeitskampagne gemacht werden?

Die Arbeitslosigkeit steigt nicht nur; sie verändert auch ihren Charakter. So finden immer mehr Jugendliche nach schulischer, beruflicher oder universitärer Ausbildung keine Arbeit mehr. Inzwischen wurden die 20- bis 25jährigen zur Altersgruppe mit höchster Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig breiten sich Dauerarbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen aus.

Die Regierung hat am Jahresanfang mit ihren vollmundigen Voraussagen die Politik auf die falsche Fährte gelockt. Soll dieses politische Spiel mit der Arbeitslosigkeit nun vom Kanzleramt mit neuer Runde wiederholt werden? Und das trotz der Befürchtungen für die kommenden Herbst- und Wintermonate?

Was soll aus den Fragen nach Berufs- und Lebenschancen, nach den Auswirkungen neuer Technologien, was aus den Problemen und Abwanderungen in den Landgebieten werden, was aus der Zukunft des europäischen Arbeitsmarktes? Wie sollen die Fragen nach persönlicher und sozialer Selbstbehauptung der Arbeitnehmer beantwortet, wie auf die künftigen Arbeitsbedingungen und die Lebensverhältnisse eingewirkt werden?

Es sind ja nicht nur die rüden Anrempelien des CDU-Generalsekretärs gegenüber den Gewerkschaften, die zum Vorspiel des „Dreier-Treffens“ wurden. Auch nicht allein die unverhohlenen Drohgebärden einer ohnehin mißgelaunten FDP. Politisch gravierend ist vor allem wie die menschlichen und gesellschaftlichen Gefahren der Arbeitslosigkeit verdrängt, verbogen und hinter Floskeln versteckt werden.



Eines jedenfalls ist sicher: Nach den Erfahrungen der letzten Jahre kann man diesen Prozeß nicht nur der Bundesregierung überlassen. Ihr Hang zum politischen Opportunismus verdirbt zusehends soziale Sensibilität und Verantwortungsfähigkeit.

Jetzt ist der Bundestag am Zuge. Er kann sich nicht mit Kommentaren zu den monatlichen Arbeitslosenmeldungen aus Nürnberg, nicht mit gelegentlichen Rundumschlägen in Plenardebatten und schon gar nicht mit Unterlagen im Stil politischer Trivial-Literatur begnügen. Er muß die wichtigste innenpolitische Frage zu seiner Sache machen und sie nicht hinter verschlossenen Kanzleramtstüren verschwinden lassen. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Wissenschaft muß der Bundestag an seinen Tisch holen, somit zu einem politischen Forum werden, in dem die Menschen sich und ihre existenziellen Sorgen wiedererkennen.

Seit Monaten liegt in den Ausschüssen des Bundestages ein Antrag der Opposition, der dafür Voraussetzungen schaffen will, auf der Grundlage ungeschminkter Arbeitsmarktanalyse und ernstzunehmender Vorausschau soll der Bundestag mit Sachverständigen und Verantwortlichen die Lage behandeln, wirtschaftliche und soziale Ziele abstecken und der Regierung die Notwendigkeiten des politischen Handelns darlegen. Die Sachverhalte und die Alternativen müssen auf den Tisch.

In der Wirtschaftspolitik werden alljährlich Legionen von Gutachten und Berichten erstellt. Aber Bonn legt das ganze Jahr über nicht einen einzigen umfassenden Arbeitsmarktbericht mit sozial-ökonomischen Zusammenhängen vor. Eher wird politisch gepanscht und geschlabbert.

In einem solchen Zustand kann die große soziale Frage nach Arbeit, Existenz und Zukunft nicht stecken bleiben. Da nützt kein Sommerspektakel, keine Kosmetik, auch keine publizistische Alberei über Optimisten und Pessimisten. Die Bonner Schublade-Rhetorik wird schal.

Es ist Sache des Parlaments, einen neuen Anfang zu suchen. Die Bundesregierung kommt aus ihrer Sucht nach Selbstzufriedenheit, Schönfärberei und polierter Öffentlichkeit nicht heraus. (-/5.8.1985/vo-he/rs)

+ + +